

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Nadine Mai (KV Pinneberg)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 429 bis 431:

Sozialstaates nehmen. Die verschiedenen Sozialleistungen müssen besser aufeinander abgestimmt werden und ineinandergreifen. ~~Dafür wollen~~ Zudem sind die Kosten für Familien in Deutschland sehr unterschiedlich verteilt, egal ob KiTa- oder Ganztagsgebühren, Mobilität, Lehrmittel oder Wohnen. Daher werden wir mit Ländern und Kommunen an einer gemeinsamen Agenda für Chancengleichheit für Kinder und ihre Familien arbeiten und dafür die notwendigen rechtlichen und technischen Grundlagen schaffen.

Begründung

Für viele Familien ist es Alltag, dass sie vor Ort hohe Kosten für zwingende Leistungen haben, insbesondere bei Bildung, Mobilität, Lehrmitteln, Vereinen usw., während im Nachbarkreis, im Nachbarland günstigere Konditionen vorhanden sind. Gleichzeitig sind Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinderfreibeträge bundesweit gleich, so dass hier ein hohes Gefühl der Unzufriedenheit entsteht. Kinderarmut und Chancenungleichheit können nicht wirksam bekämpft werden, wenn sie zu stark von den finanziellen Möglichkeiten und dem politischen Willen von Kommunen und Ländern abhängen. Daher müssen die Ebenen gemeinsam und verantwortlich über dieses Problem sprechen und tragfähige Lösungen finden.

weitere Antragsteller*innen

Angela Tsagkalidis (KV Stormarn); Malte Krüger (KV Steinburg); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Stephanie Schankin (KV Herzogtum Lauenburg); Martina Hoffmann (KV Saalekreis); Lydia Ramm (KV Landkreis Leipzig); Annette Granzin (KV Ostholstein); Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Florian Juhl (KV Pinneberg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Pia Willmy (KV Saalekreis); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Lucas Hohan (KV Ostholstein); Nelly Waldeck (KV Kiel); Irina Prüm (KV Leverkusen); Anke Thomsen (KV Pinneberg); Jörg Dreffein (KV Pinneberg); sowie 42 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.